



AKTUELLES

DATEN UND FAKTEN

Sie befinden sich hier:

[Startseite Niedersachsen](#)

[Aktuelles](#)

[Aus dem Bundesverband](#)

Koalitionsvertrag vergisst arme Kinder!

Berlin, 28.11.2013. Zum Koalitionsvertrag zwischen SPD und Union erklärt Edith Schwab, Bundesvorsitzende des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter e. V. (VAMV): "Der Vertrag enthält familienpolitisch gute Einzelschritte, die Chance auf große Reformen in einer großen Koalition haben die Beteiligten jedoch verpasst. Dass es keine Antworten auf das brennende Thema Kinderarmut gibt, ist eine Enttäuschung für Alleinziehende. Wir begrüßen allerdings sehr, dass unsere Forderung den steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende zu erhöhen, auf der Agenda der neuen Bundesregierung steht."

Der Entlastungsbetrag stagniert seit 2004 bei 1.308 Euro Absetzbetrag pro Jahr. "Alleinerziehende fühlen sich im Vergleich zu Ehepaaren in der Steuer zur Familie zweiter Klasse degradiert", bemängelt Schwab. "Gut, dass die neue Bundesregierung diese Ungerechtigkeit angehen wird." Überfällig ist eine deutliche Erhöhung des steuerlichen Entlastungsbetrags, deshalb fordert der VAMV eine Koppelung der Höhe an den Grundfreibetrag. "Das wäre eine deutliche Verbesserung für Alleinerziehend", betont Schwab. Alleinerziehende und ihre Kinder haben mit 43 Prozent das höchste Armutsrisiko aller Familien.

Eine weitere Gerechtigkeitslücke wird durch die ausgeweitete Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei der Mütterrente kleiner. Geschlossen ist diese aber erst, wenn auch Mütter, die ihre Kinder vor 1992 bekommen haben, drei Entgeltpunkte erhalten. Auch Maßnahmen, die Alleinerziehende als Familienernährerinnen unterstützen, sieht der VAMV positiv. Dazu gehören das Recht auf befristete Teilzeit, der Mindestlohn und Verbesserungen beim Elterngeld.

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter hofft, dass die neue Bundesregierung über den Koalitionsvertrag hinaus die Chance auf grundlegende Reformen hin zu einem familienpolitischen Masterplan ergreift. Um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, muss Familienpolitik alle Familien gleichermaßen fördern. Die staatliche Förderung von Kindern darf nicht länger an Familienform und Einkommen ihrer Eltern gekoppelt sein. Eine Kindergrundsicherung ist die beste Antwort!

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV) vertritt seit 1967 die Interessen der heute 2,7 Millionen Alleinerziehenden. Der VAMV fordert die Anerkennung von Einelternfamilien als gleichberechtigte Lebensform und entsprechende gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Er tritt für eine verantwortungsvolle gemeinsame Elternschaft auch nach Trennung und Scheidung ein.

Dateien

[PM_VAMV_Koalitionsvertrag.pdf](#) 53 KB

[Zurück](#)